



Beschlussauszug

Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig vom 14.12.2022

Top 16.1 **Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Bestwig mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2023**
(öffentlich) **hier: 2. Veränderungsliste vom 12.12.2022**

Zur Beratung und Entscheidung gelangt der Sachverhalt gemäß Verw.-Vorlage Nr. 108/2022-2.

Der **Leiter des Hauptamtes und der Finanzabteilung, Kämmerer Roland Burmann**, erläutert die zweite Veränderungsliste. Diese enthält folgende Veränderung zum Haushaltsentwurf:

- Zuschuss an den TuS Valmetal gem. Antrag vom 26.11.2022
- Änderung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage

Sodann erteilt **Bürgermeister Ralf Péus** dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Alexander Brockhoff**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates der Gemeinde Bestwig,

waren die Haushalte der vergangenen Jahre stark von der Corona-Krise geprägt, rückt diese in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit allmählich in den Hintergrund. Dies bedeutet aber keine Entspannung in der Gesamtsituation. Denn nach dem Motto „nach der Krise ist vor der Krise“, ereilen uns mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der Energiekrise, der Flüchtlingskrise und der Klimakrise weitere Unklarheiten.

Unter diesen Herausforderungen betrachten wir den Haushalt für das Jahr 2023.

1. Finanzen / Haushalt

Wie in den vergangenen Jahren auch, ist der Haushalt 2023 fiktiv ausgeglichen.

Dabei verfügt die Gemeinde über ein gutes Eigenkapital, über eine gute Liquidität und es müssen keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden. Der Fehlbetrag von - 1.201.505 € lässt sich mit der Ausgleichsrücklage ausgleichen.

Gerade in der schwierigen Zeit ist es auch als Signal zu verstehen, dass in diesem Haushaltsentwurf keine Steuern erhöht werden. Gerade mit Blick auf die Grundsteuern A und B und die Gewerbesteuer – im Sinne der Bürger und der Gewerbetreibende. Die Gebühren, die dieses Jahr erhöht werden, beruhen auf anfallenden Kosten in den entsprechenden Gebührenhaushalten und müssen so umgelegt werden. Das sind die Prinzipien eines Gebührenhaushaltes.

Die konservative und zurückhaltende Herangehensweise bei der Haushaltsplanung ist gut und richtig. Gerade mit den vielen Herausforderungen, die uns gegenüberstehen, ist es gut,

dass wir eine seriöse Haushaltsplanung betrachten. Zu einer seriösen Haushaltsplanung gehört aber auch, dass wenn genug Liquidität zur Verfügung steht und wenn die Möglichkeit dazu besteht, Investitionskredite zurückgezahlt werden sollten.

Wir können bei einer Liquidität von über 8,5 Mio. € - also Geld, was wir auf der hohen Kante haben – mit 3,5 Mio. € die Verschuldung der Gemeinde mehr als halbieren. Betrachtet man den Zeitraum seit 2006, wäre dies eine Entschuldung von über 70 %. Wir befinden uns hier in einer Luxussituation, dass die Gemeinde über 8,5 Mio. € verfügt und keine Kassenkredite benötigt. Wer kann das schon so in NRW von sich behaupten?

Es liegt ja auch die Überlegung nahe, dass bei einer so hohen Liquidität die Schulden komplett auf 0,00 € verringert werden könnten: Schuldenfrei! Das wäre vielleicht eine schöne Artikelüberschrift in der Zeitung – Gemeinde Bestwig schuldenfrei – aber ob das in dieser Zeit seriös ist? Eher nicht.

So ist der jetzige Beschluss mit 5 Mio. € als Pufferliquidität, unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen und Chancen-Risiken, der richtige Weg, den wir befürworten. Schuldenabbau ist auch eine Art der Generationengerechtigkeit.

Und die Diskussion um den strukturell ausgeglichenen Haushalt haben wir ja geführt. In der Verwaltungsvorlage aus dem Haupt- und Finanzausschuss im November steht klar drin, wie wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt bekommen können: Steuern erhöhen und freiwillige Leistungen kürzen – politisch ganz einfach umzusetzen!

Oder man beauftragt die Verwaltung ein „*Wirtschaftsförderungsprogramm zur langfristigen Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bestwig, um die Einnahmen durch die Gewerbesteuer zu sichern und auszubauen*“. Das ist ein Antrag mit Worthülsen und ohne konkrete Vorschläge, der uns hier nicht weiterhilft.

Das ist auch nicht meine Sicht von Kommunalpolitik: *Die Verwaltung soll mal machen*. Sorry – das ist mir zu einfach. Hier heißt es, dass wir Ideen und Lösungsansätze entwickeln - zusammen mit der Verwaltung.

Wenn wir Investitionen in unsere Grundschulen tätigen, sei es in Digitalisierung oder Infrastruktur, dann ist das Standortförderung. Wenn wir in Straßen oder Sportstätten investieren, dann ist das Standortförderung. Wenn wir von der CDU-Fraktion ein Wohnbauflächenkonzept einbringen, dann ist das Standortförderung.

Heißt, wir brauchen hierfür kein Konzept der Verwaltung. Sondern unser Handeln, unsere Ideen im Rat sollten Standortförderung für die Gemeinde Bestwig sein.

Dazu zählt auch, dass wir uns gemeinsam für das interkommunale Gewerbegebiet mit den Städten Olsberg und Brilon einsetzen. Wir werden hier in Bestwig keine neuen Gewerbegebiete bekommen, egal wie man es dreht, egal wie man es wendet oder in der Öffentlichkeit fordert – es werden in Zukunft keine großen Gewerbegebiete in der Gemeinde Bestwig möglich sein.

Wir arbeiten seit Jahren erfolgreich mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Hochsauerlandes zusammen. Herr Linnekugel als Geschäftsführer stand in diesem Jahr hier Rede und Antwort. Wir sollten zusammen alles, was wir beeinflussen können, positiv begleiten, damit dieses interkommunale Gewerbegebiet entsteht – nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Bestwig, sondern auch für Olsberg und Brilon.

Die Investitionen, die wir 2023 tätigen werden, in unsere Infrastruktur, in unsere Straßen, Feuerwehren, Schulen und in Sportstätten, sind wichtig und richtig. Dabei wird wieder ein erheblicher Betrag in Straßenbaumaßnahmen investiert. Gerade auch mit Blick auf zukünftige Anforderungen an Verwaltung und Bürgeramt begrüßen wir die Investitionen in die IT-

Infrastruktur im Bürger- und Rathaus.

2. Umwelt- und Klimaschutz

Thema Umwelt- und Klimaschutz. Ich muss nicht wiederholen, wie wichtig dieses Thema ist. Gerade die jetzige Situation zeigt ja, dass wir die Abhängigkeit von fossiler Energie weiter erheblich minimieren müssen – nicht nur aus klimapolitischen Gesichtspunkten, sondern auch aus geopolitischen Gründen. Und da gehört neben Wärmedämmung, was wir gerade an der obersten Geschosdecke des Gemeindewohnheims in Velmede umsetzen, die Windenergie und die Photovoltaik in der Gemeinde Bestwig dazu.

Windenergie

Und ich weiß, dass man über das Thema Windenergie gewissenhaft diskutieren muss. Ich weiß auch, dass dieses Thema nicht ganz unumstritten ist. Viele möchten erneuerbare Energien haben, haben aber auch Vorbehalte – was ich nachvollziehen kann – gegenüber Windenergieanlagen vor der eigenen Haustür. Deswegen heißt es für uns, dass wir mit höchster Sorgfalt an die Diskussion herangehen müssen.

Da wir alle keine Fachmänner auf diesem rechtlich schwierigen Gebiet sind, braucht es die Hilfe von Experten. Hier noch einmal vielen Dank an Herrn Ahn, der uns hier im Rat mit seiner Expertise zur Seite steht.

Die zur Verfügungstellung von substanziellem Raum für Windenergie ist unser oberstes Ziel. Wir wollen ganz klar hier im Rat keine Verhinderungstaktik, wir möchten aber ein Stückweit die Steuerung und das Heft des Handelns in der eigenen Hand haben. Und wenn die rechtliche Einschätzung ist, dass man 1.000 m als Abstand zur Wohnbebauung annehmen kann, dann sollten wir das auch so in die Planung mit aufnehmen. Dies erhöht aus unserer Sicht auch die Akzeptanz für Windenergie in der Bevölkerung.

Photovoltaik

Mit der Potentialanalyse für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Gemeinde Bestwig entlang der Autobahn sind wir den richtigen Weg gegangen und es freut mich, dass hier Projekte auf den Weg gebracht worden sind und dass an der Umsetzung gearbeitet wird.

Dass uns dann noch andere Behörden mit Regionalplanänderungen und Bürokratie in dieser Sache etwas ausbremsen, ist ein unschöner Nebeneffekt.

Natürlich würden wir auch eine Bürgerbeteiligung begrüßen. Dies liegt aber nicht in unseren Händen, da die Gemeinde Bestwig hier keine eigenen Flächen hat, um selbst Projekte umzusetzen. Hier kann ich nur an die Investoren appellieren, eine Bürgerbeteiligung als Finanzierungsbaustein in die Überlegung mit einzubeziehen.

Ein wenig enttäuscht sind wir von der Tatsache, dass sich die Vorhaben, auf gemeindeeigenen Dächern Photovoltaik zu installieren, wirtschaftlich nicht rechnen. Bei so einer wirtschaftlichen Betrachtung, wie sie in der letzten Gemeindeentwicklungsausschusssitzung aufgezeigt worden ist, würde kein Unternehmer auf die Idee kommen, eine Photovoltaikanlage auf sein Dach zu setzen. Wenn es wenigstens kostenneutral wäre, könnte man sagen, ok, das machen wir trotzdem. Dass das Vorhaben im Sommer auf Wiedervorlage gesetzt worden ist, ist folglich richtig. Vielleicht haben sich bis dahin andere gesetzliche oder ökonomische Eckpunkte ergeben, die eine Umsetzung wirtschaftlich machen.

Es kann eigentlich nicht sein, dass man von Bürokratie oder Gesetzen ausgebremst wird, wenn man hier seinen Beitrag für die Energiewende leisten möchte.

Radweg Ostwig/Gevelinghausen - Heringhausen

Eine weitere Standortförderung sind auch Investitionen in die Geh- und Radwegeinfrastruktur der Gemeinde Bestwig. Deswegen begrüßen wir auch die Umgestaltung des Radweges im Bereich des Geländes der Firma M. Busch. Die Umgestaltung bedeutet eine Win-win-Situation für beide Seiten. Die Gemeinde Bestwig bekommt ein Stück Sicherheit und eine Neugestaltung auf einem der beliebtesten Geh- und Radwege und die Firma M. Busch die Möglichkeit weiter zu wachsen – Stichwort Wirtschaftsförderung.

Es sollte aber auch an die Vernetzung unserer Ortsteile gedacht werden. Über den Ruhrtalradweg sind die Orte an der Ruhrschiene gut verbunden. Auch über den Bähnchenweg gibt es eine sehr gute Verbindung von Bestwig in das Valmetal.

Was aber unter anderem noch fehlt, ist ein sicherer Lückenschluss vom Elpetal in das Valmetal. Hier setzen wir uns für eine Geh- und Radwegverbindung zwischen Ostwig-Gevelinghausen und Heringhausen ein – zwischen dem Elpeweg und dem Bähnchenweg.

Eine direkte Verbindung dieser beiden Wege erfolgt bisher nur über die Kreisstraße 16. Die Kreisstraße ist eine Straße ohne Mittelstreifen und ohne gesonderte Abgrenzung für Spaziergänger und Radfahrer. Diese Verbindung wird aber von vielen Spaziergängern, Wandernern und Radfahrern genutzt. Um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen, ist es wichtig, dass der Geh- und Radverkehr weg von der Kreisstraße 16 auf einen sicheren separaten Weg geführt wird. Wir sehen dies als Stärkung des regionalen Radwegenetzes für eine nachhaltige Verkehrswende und als Tourismusförderung.

3. Allgemeines / Konzepte

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu allgemeinen Themen sagen, bzw. zu einigen Konzepten, die uns beschäftigt haben und auch noch werden.

Stichwort Wohnbauflächenkonzept

Hier sind wir auch einen Schritt weiter. Und diesen Punkt brauchen wir nicht in einem Antrag für Wirtschaftsförderung verstecken. Diese Standortförderung haben wir schon auf den Weg gebracht. Und nachdem alle Flächeneigentümer angeschrieben worden sind, bin ich gespannt, wie hier die Resonanz ist und wie wir hier die Gemeinde weiterentwickeln können. Für Grunderwerb stehen 500.000 € im Haushalt, was wir begrüßen. Hier heißt es, das Konzept konsequent weiterzuentwickeln.

Stichwort Verkehrskonzept

Auch hier erwarten wir im kommenden Jahr erste Ergebnisse bzw. einen Sachstandsbericht. Nach der Fertigstellung der Autobahn ist es richtig, dass an einem Verkehrskonzept gearbeitet wird. Mit der Betrachtung der Seitenstraßen in Velmede sind auch schon erste Maßnahmen in der Umsetzung. Aber für die Bevölkerung und für die Verkehrsteilnehmer, die täglich durch Bestwig und Velmede pendeln, geht es auch um die Gestaltung der Kreuzungen und Optimierung der Ampelschaltung entlang der ehemaligen B7.

Als Utopie könnte man annehmen, dass jede Kreuzung in einen Kreisverkehr umgewandelt wird und jeder Ampelübergang in einen Zebrastreifen. Ich weiß, das entspricht nicht der Realität. Dafür ist die Straße immer noch eine der meistbefahrenen Landstraße im HSK. Aber die Begründung, warum das eine oder andere nicht umgesetzt werden kann, sollte schon nachvollziehbar sein und von einem Fachexperten, sei es von einem Verkehrsplaner oder der Polizeibehörde, bewertet werden. Zum Beispiel könnte ich mir einen Kreisverkehr auf der Alfert am Ortseingang von Ostwig vorstellen.

Flüchtlinge

Ein paar Worte zur Flüchtlingssituation. Dass sich die aktuelle Anzahl an Flüchtlingen in der Gemeinde Bestwig auf einem Höchststand befindet, brauche ich hier nicht erklären und dass dies eine große Herausforderung für unsere Gemeinde, für uns alle ist, auch nicht.

Deswegen von dieser Stelle noch einmal meinen herzlichsten Dank an alle Bürgerinnen und Bürgern, die in dieser Situation helfen. Sei es durch ehrenamtliches Engagement oder durch die Bereitstellung von Wohnraum. Die Unterbringung wird zunehmend eine schwierige Aufgabe. Aber wichtig ist, dass wir alles daransetzen, dass so lange wie möglich keine Turnhallen in Flüchtlingsunterkünfte umgewandelt werden müssen. Gerade nach den Schließungen während der Corona-Pandemie wäre das für den Kinder-, Jugend- und Breitensport kein gutes Zeichen.

Einen besonderen Dank möchte ich aber auch Frau Schmitt und ihrem Team aus dem Bürgeramt aussprechen als Koordinierungsstelle in dieser schwierigen Lage. Nur gemeinsam werden wir diese Situation meistern.

3. Fazit

Unser Fazit ist: Die CDU-Fraktion stimmt dem Entwurf des Haushalts mit sämtlichen Anlagen zu.

Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich bei Bürgermeister Ralf Péus, unserem Kämmerer Roland Burmann – für seinen ersten Haushalt - sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Arbeit, gerade auch in dieser schwierigen Zeit, bedanken.

Für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Rat möchte ich mich ebenfalls bedanken.

Vielen Dank und bleiben Sie gesund“

Sodann nimmt der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Paul Theo Sommer**, zur Haushaltssatzung und zu den Anlagen Stellung. Er hält folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir leben in schwierigen Zeiten. Die Corona-Pandemie, die unser Leben in den letzten drei Jahren in hohem Maße beeinflusst hat, ist noch nicht gänzlich überstanden, da prasseln Probleme auf uns ein, deren Bewältigung große Kraftanstrengungen erfordern. Vor allem der Krieg Putins in der Ukraine hat unser aller Leben auf so vielfältige Art und Weise negativ beeinflusst, dass der Begriff „Zeitenwende“ voll berechtigt ist. Der brutale Überfall am 24. Februar hat bei den Menschen in der Ukraine viel Leid verursacht. Die gezielten Angriffe auf die Infrastruktur führen dazu, dass viele Bereiche des Landes vor allem jetzt im Winter nahezu unbewohnbar sind. Dass die Menschen nach Westen fliehen und viele auch in Deutschland ankommen, ist eine logische Folge dieses brutalen Krieges. Schon jetzt sind die Flüchtlingszahlen höher als in der Flüchtlingskrise 2015 / 2016. Den Menschen eine zumutbare Unterkunft zu geben, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Umsetzung wird für die Kommunen und natürlich auch für Bestwig immer schwieriger.

Die Menschen in Deutschland spüren vor allem die teilweise explodierenden Preise bei Energie und Lebensmitteln. Die Lebenshaltungskosten steigen und steigen. Der Staat hilft mit einer Vielzahl an Hilfspaketen. Aber am Ende muss alles finanziert werden. Niemand kann heute sagen, was das am Ende für Bundes- und Landeshaushalt und schließlich auch für die Kommunalhaushalte wie unseren in Bestwig bedeutet.

Die Zukunft ist unsicher.

Der Bürgermeister hat am 16. November den Haushaltsentwurf 2023 eingebracht. Nach Berücksichtigung der 2. Veränderungsliste (Stand 12.12.22) werden beim Ergebnisplan

Erträge von ca. 23,47 Mio. € erwartet, bei Aufwendungen in Höhe von ca. 24,67 Mio.€. Das bedeutet einen Fehlbedarf in Höhe von rund 1,20 Mio. €.

Die Summe kann durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Der Haushalt ist also fiktiv ausgeglichen.

Bei den Erträgen kommt wieder ein Isolierungsgesetz zum Zuge. Das bisherige NKF-Covid-19-Isolierungsgesetz heißt nun NKF-Covid19-Ukraine-Isolierungsgesetz (NKF-CUIGZiel) Ziel dieses Gesetzes ist es, die pandemiebedingten Lasten und -neu- Kosten, die durch die Ukraine Krise verursacht wurden, wie z.B. die stark steigenden Energiekosten, in den kommunalen Haushalten nicht ergebniswirksam werden zu lassen Sie werden in einem isolierten Sonderhaushalt dargestellt.

Es fällt schwer, das als einen Ertrag zu begreifen. Mich erinnert das an den neuen Begriff „Sondervermögen“ auf Bundes- und Landesebene. Es sind Schulden, die in der Zukunft bezahlt werden müssen. Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2026 können sie über längstens 50 Jahre abgeschrieben oder gegen das Eigenkapital erfolgsneutral ausgebucht werden. Das zu entscheiden ist also eine Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode.

Wie erwähnt, ist der Haushalt fiktiv ausgeglichen. Und fiktiv ist nicht strukturell. Und der strukturell ausgeglichene Haushalt sollte unser gemeinsames Ziel ein.

Wie die SPD-Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss deutlich gemacht hat, wollen wir das nicht mit einer Liste der Grausamkeiten erreichen. Um das noch einmal deutlich zu sagen. Wir wollen nun wirklich nicht die Steuerhebesätze erhöhen, nicht die Förderung unserer Vereine einstellen oder Hallenbad, Turnhallen und Sportplätze schließen.

Uns freut, dass durch die guten Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2017 bis 2021 die Gemeinde die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage deutlich aufstocken konnte. Wir haben von wirtschaftlich guten Jahren und hohen Gewerbesteuererinnahmen profitiert, konnten mit Ablauf des Haushaltsjahres 2020 die Haushaltssicherungspflicht hinter uns lassen und es wurde hier in Bestwig eine seriöse Finanzplanung betrieben.

Aber die Rahmenbedingungen für einen Gemeindehaushalt haben sich nun innerhalb eines Jahres deutlich zum Negativen entwickelt. Die Krisen, die uns täglich vor Augen geführt werden, laufen nicht an Bestwig vorbei.

Da wir weiterhin den Haushalt wie viele andere Kommunen in NRW fiktiv ausgleichen können, wollen wir die Lage nicht dramatisieren, aber besorgt sind wir schon. Die Planzahlen für die Haushalte bis 2026 bedeuten eine Verringerung des Eigenkapitals in Höhe von ca. 3,14 Mio. €. Diese Planung sah im letzten Jahr noch ganz anders aus. Da waren Beträge aufgeführt, die deutlich niedriger waren, für 2023 und 2024 jeweils klar unter 200000 €.

Wie wir im Haupt- und Finanzausschuss dargestellt haben, müssen wir also reagieren, um langfristig, über die nächsten Jahre hinaus, erfolgreich sein zu können. Die Gewerbesteuererinnahmen müssen gesichert, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort gehalten und weitere Einnahmequellen erschlossen werden.

Wir können in Bestwig das Rad nicht neu erfinden, aber wir können zumindest versuchen, mit dem Drehen an der ein oder anderen Stellschraube langfristig einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Die SPD-Fraktion steht da zur Verfügung hier konstruktiv mitzuarbeiten.

Zu den Gewerbesteuererinnahmen....

Um unsere Wirtschaftskraft steigern zu können, braucht es Unternehmen und die Unternehmen brauchen Flächen, um sich ansiedeln zu können. Wir sind in Bestwig leider nicht mit größeren geeigneten Flächen, die zu marktfähigen Preisen angeboten werden können, gesegnet. Das ist unserer heimischen Topografie geschuldet.

Eine Lösung kann ein „Interkommunales“ Gewerbegebiet sein. Als möglicher Standort kommt eine Fläche in Brilon, Am Nehdener Weg, in Betracht. Dort könnte gemeinsam mit Brilon und

Olsberg ein solches Gewerbegebiet entstehen. Für uns alle irritierend, hat im August der Rat der Stadt Brilon mit hauchdünner Mehrheit seine Zustimmung verweigert, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Hochsauerlandkreises damit zu beauftragen, Grundlagen für ein gemeinsames interkommunales Gewerbegebiet zu erarbeiten.

Man muss jetzt schauen, wie es in dieser Sache weitergeht, vor allem wie die Bezirksregierung mit dieser Ablehnung umgeht.

Wie schon erwähnt, ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Hochsauerlandkreises in dieses Verfahren eingebunden. Wir würden es begrüßen und deshalb regen wir es an, wenn möglichst zeitnah der Leiter der WFG des HSK, nachdem er am 18. August d.J. schon einmal im Entwicklungsausschuss war, nochmals zu einer Fachausschuss- oder Ratssitzung eingeladen wird, damit wir die aktuelle Sachlage erörtern können. In diesem Zusammenhang könnte auch unser Vorschlag aus dem Haupt- und Finanzausschuss, ein Wirtschaftsförderungsprogramm zu erstellen, diskutiert werden

Anregen möchte ich auch noch einmal eine gemeinsame Informationsfahrt durch das Gemeindegebiet, u.a. zu den Gewerbegebieten der Gemeinde, um die Bebauung und mögliche Erweiterung in Augenschein zu nehmen. Im Rahmen dieser Rundfahrt könnten auch noch andere Objekte, die Gegenstand unserer Beratungen sind, aufgesucht werden.

In der Haupt- und Finanzausschusssitzung haben wir im Zusammenhang mit der möglichen Reduzierung des strukturellen Defizits noch zwei weitere Vorschläge gemacht, nämlich.....

„Über das bestehende Wohnbauflächenkonzept hinaus eine Verbesserung der Bau- und Wohnsituation zu erreichen, um Anreize für Familien und andere Personen zu schaffen, die Gemeinde als attraktiven Lebensmittelpunkt wahrzunehmen, um die Einwohnerzahl produktiv zu steigern und so langfristig den Anteil an den Einkommenssteuereinnahmen zu erhöhen.“

Ich denke, da liegen wir, die Fraktionen und die Verwaltung, nicht auseinander.

Das kann nur ein gemeinsames Ziel sein.

Dass das ein dickes Brett ist, zeigt ja die Einwohnerentwicklung in der Gemeinde.

Hatten wir 1999, das Jahr, in dem ich in den Rat gekommen bin, 12.063 Einwohner, so waren das am 31.12.2021 nur noch 10556, also 1507 Einwohner weniger. Das ist knapp die Einwohnerzahl von Nuttlar.

Es sind manchmal die kleinen Schritte, die einen weiterbringen und für Erfolgserlebnisse sorgen. Es wäre mehr als wünschenswert, wenn wir die Entwicklung der Einwohnerzahlen zumindest ein wenig umdrehen könnten

und vielleicht die 11000-Einwohner-Schwelle wieder überschreiten oder ihr zumindest näherkommen.

Unser dritter Punkt aus dem Haupt- und Finanzausschuss ist die Beteiligung der Gemeinde an einer kommunalen Energieerzeugungsgesellschaft für regenerative Energie (Unser Antrag vom 15.11.22), um den Anteil der Gemeinde Bestwig an der Bekämpfung des Klimawandels zu erhöhen und gleichzeitig mit Einnahmen davon profitieren.

Wir schauen mit unserem Antrag über die Grenzen der Gemeinde Bestwig hinaus.

Die Bundesregierung plant aufgrund der Klimaveränderungen und der aktuellen Situation auf dem Energiemarkt einen erheblichen Ausbau der regenerativen Energien. Auch das Land NRW hat den massiven Ausbau der Windkraft angekündigt. Wir unterstützen mit unserem Antrag eine Initiative der SPD-Kreistagsfraktion.

Das durch die Landesregierung aufgehobene Verbot von Windenergieanlagen im Wald schafft für die Kommunen gerade auf den Kalamitätsflächen neue Möglichkeiten. Ein gemeinschaftlicher Ansatz aller beteiligungsbereiten Kommunen führt dazu, dass die erhebliche Wertschöpfung in diesem Bereich den Kommunen und ihren Bürgern zu Gute kommt. Die Kommunale Erzeugungsgesellschaft kann eine reale Bürgerbeteiligung ermöglichen.

Ein Windpark Plackweg von Neheim bis Brilon könnte ein erstes derartiges Projekt darstellen.

(Unser ursprünglicher Wunsch hier in Bestwig, den Arnsberger Wald freizuhalten, kann ja aufgrund der neuen Rechtslage nicht mehr aufrechterhalten werden.)

Alle Kommunen, auch jene die derzeit keine entsprechenden Flächen zur Verfügung stellen können, sollten sich beteiligen.

Erfreulich für die Bürgerinnen und Bürger ist die Entscheidung, dass in Bestwig die Steuern stabil bleiben. Das ist in dieser schwierigen Zeit das richtige Zeichen.

Die Erhöhungen bei der Winterdienstgebühr, Abfallentsorgungsgebühr und einzelnen Positionen bei den Friedhofsgebühren sind notwendig und nicht zu vermeiden.

Der Gewerbesteueransatz wurde um 200000 € auf 5,2 Mio. € erhöht. Wie im letzten Jahr nenne ich das eine Mischung aus Realismus und vorsichtigem Optimismus.

Obwohl die Steuerkraft der Gemeinde gestiegen ist, können wir bei den Schlüsselzuweisungen einen um rund 350000 € höheren Ansatz bilden, auf 2,413 Mio. €. Hier wirkt sich die Erhöhung der gesamten verteilbaren Finanzausgleichsmasse aus. Das ist erfreulich.

Bei den Transferaufwendungen sind die Kreis- und Jugendamtsumlage wieder der dickste Brocken. Auch dieses Mal nehmen wir die riesige Summe wieder grummelnd zur Kenntnis.

In diesem Jahr zahlen wir zusammen über 9 Mio.€, fast 869000 € mehr als im Vorjahr. Beide, allgemeine Kreisumlage und Jugendamtsumlage, steigen gegenüber dem Vorjahr also wieder deutlich, allg. Kreisumlage auf rund 5,4 Mill. €, Jugendamtsumlage auf rund 3,6 Mill. €.

Ich habe schon einmal darauf hingewiesen. Die Jugendamtsumlage ist in den letzten Jahren förmlich explodiert.

Zur Erinnerung...bei der Jugendamtsumlage zahlten wir 2015 1.844.274.38 €, 2020 waren es 2.864.460 € und nun 3.609.400 €, eine enorme Steigerung von über 1,7658 Mio. €. in 8 Jahren, fast eine Verdoppelung.

Offensichtlich werden die Fälle, wo Familien, Kindern und Jugendlichen geholfen werden muss, schwieriger, dauern länger und werden komplexer. Wohl auch eine gesellschaftliche Entwicklung, die uns voll erwischt hat.

Und die massiven Einschränkungen der Corona-Pandemie in den letzten drei Jahren haben beim sozialen Miteinander die negative Entwicklung sicherlich nicht positiv beeinflusst.

Ist mit einer weiteren Steigerung der Umlagekosten zu rechnen?

Es wäre interessant, mal vom HSK- Jugendamt direkt zu erfahren, wie eine solche Kostensteigerung zustande kommt und wo das viele Geld eingesetzt wird.

Vielleicht könnte ein Mitarbeiter des Jugendamtes mal zu uns nach Bestwig kommen und in einer Rats- oder Ausschusssitzung berichten.

Wie wir bereits im Haupt- und Finanzausschuss mitgeteilt haben, sind wir mit den vom Bürgermeister bei der Einbringung des 2023er Haushalts aufgeführten und vom Kämmerer näher erläuterten Investitionen und Maßnahmen einverstanden.

Dazu einige Anmerkungen:

Straßenbaumaßnahmen (1,825 Mio €)

Bei den Straßen müssen wir daran denken, dass sehr viele Straßen im Gemeindegebiet in einem schlechten Zustand sind und saniert werden müssen. Das ist nicht nur eine Aufgabe für das nächste Jahr sondern auch für die folgenden Jahre. Da muss maximal das getan werden, was finanziell, personell und technisch möglich ist.

Und ich muss da noch einmal, ich hoffe zum letzten Mal, auf das Hickhack bei den KAG-Maßnahmen kommen. Es wäre schön, wenn die Landesregierung die Unsicherheiten bei den Anliegerbeiträgen endlich beseitigen würde. Laut Ministerin Scharrenbach wird ja zurzeit ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten zu den Straßenausbaubeiträgen ausgewertet und 2023 soll ein Gesetz zur Abschaffung der Beiträge folgen.

Franz Beckenbauer würde sagen: „Schaun mer mal“

IT-Infrastruktur im Bürger- und Rathaus (515000 €)

Davon profitieren nicht nur die Beschäftigten im Rathaus sondern auch die Bestwiger Bürger und die politischen Gremien.

Grunderwerb für Wohnungsbau (500000 €)

Hier geht es um unser im Oktober beschlossenes Wohnbauflächenkonzept. Dazu habe ich mich ja bereits geäußert.

Investitionen in Schulen (288000 €)

Bei allen unseren Grundschulen gilt weiterhin: Der Bestand ist in den nächsten Jahren gesichert.

Hier zu investieren ist gut angelegtes Geld. Absolut erforderlich ist die geplante Sanierung der Toiletten in der Grundschule Nuttlar.

Beim Schulzentrum läuft der Teilstandort der Sekundarschule Olsberg-Bestwig zum Ende des Schuljahres 2023/24 aus.

Und in dieses Schulgebäude ist ja in den letzten Jahren viel Geld investiert worden.

Nachdem 2020 die Bildungsakademie für Therapieberufe in den Westflügel eingezogen ist, nutzen ab August 2023 die Hauptschüler aus Meschede für 2 Jahre den Ostflügel.

Es bleibt zu hoffen, dass nach dem endgültigen Auslaufen der Sekundarschule und der Rückkehr der Hauptschüler nach Meschede das komplette Gebäude auf Dauer einer sinnvollen und nachhaltigen Nutzung zugeführt wird und kein Leerstand entsteht.

Investitionen für Photovoltaikanlagen auf gemeindlichen Gebäuden (237000€)

Zunächst mal ist das eine gute Idee, auf gemeindeeigenen Dächern Photovoltaik zu errichten. Dass der Ökostrom-Anteil an der Energiegewinnung gesteigert werden muss, um die Klimaziele zu erreichen ist ja unstrittig und da sollten wir, wo es geht und finanziell machbar ist, unseren Beitrag leisten. Aber hier sind uns einfach die Herstellungskosten davongelaufen. Die Wirtschaftlichkeit ist nicht mehr gegeben. Die hierfür vorgesehene Investitionssumme im Haushalt zu belassen ist richtig. Wir können investieren, müssen es aber nicht.

Dass Kosten davonlaufen, zeigte zuletzt auch die Renaturierungsmaßnahme Hennenohl II. Bei solchen Maßnahmen ist den vergangenen Jahren ja viel Sinnvolles und Nachhaltiges entstanden. Aber irgendwo sind Grenzen und wir können nicht alles aus dem Gemeindehaushalt finanzieren.

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen.

Die SPD-Fraktion stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung mit den beiden Veränderungslisten zu.

Es bleibt mir noch, mich –auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion- bei Bürgermeister Ralf Peus und dem neuen Kämmerer Roland Burmann für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. An dieser Stelle auch noch einmal ein Gruß an den ausgeschiedenen Kämmerer Klaus Kohlmann, mit dem wir in den vielen Jahren seiner Amtszeit immer gut zusammengearbeitet haben.

Danke sagen wir auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Und auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen, der CDU-Fraktion und der Grünen-Fraktion sagen wir Dankeschön für die Zusammenarbeit. Es war immer möglich sich nicht nur hier im Rathaus, sondern auch außerhalb dieses Hauses bei vielen Gelegenheiten sachlich und menschlich vernünftig zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2023.

Danke für die Aufmerksamkeit!“

Bürgermeister Ralf Péus sagt zu, dass die Fahrt in der Gemeinde im Frühjahr 2023 nachgeholt wird. Außerdem habe er bereits mit Herrn Bernd Wagner, Fachdienstleiter des Jugendamtes des Hochsauerlandkreises gesprochen. Er wird für die nächste Sitzung des Bürgerausschusses eingeladen, um die Kosten, auf denen die Jugendamtsumlage basiert, näher zu erläutern.

Anschließend hält der **Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ratsmitglied Matthias Scheidt**, folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

das kommende Jahr wird kein einfaches. In diesem Punkt sind wir uns heute sicherlich alle einig. Die Vielzahl an Krisen belastet jeden einzelnen von uns. Der bis zum 24. Februar fast unvorstellbare russische Überfall auf die Ukraine hat weltweite Auswirkungen, neben den grausamen und tragischen Konsequenzen für die ukrainische Bevölkerung auch auf unseren Gemeindehaushalt.

Unter diesen Bedingungen stehen wir in der Planung für das Jahr 2023 noch relativ gut da. Wobei das natürlich eine Frage der Betrachtungsweise ist. Wir planen schließlich mit einer Lücke im Haushalt von 1.200.000 €, die wir nur durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage decken können. Darin noch nicht enthalten sind die Kosten der Ukrainekrise, die zwar isoliert, aber trotzdem vorhanden sind. Herr Bürgermeister, sie selbst sprachen in Ihrer Einbringungsrede von aufgeschobenen, nicht aufgehobenen Schulden. Der Blick auf die Generationengerechtigkeit ist an dieser Stelle wichtig und richtig. Das NKF-Covid19-Ukraine Isolierungsgesetz ist unserer Meinung nach deshalb berechtigterweise in der Kritik, auch über Parteigrenzen hinaus.

Da es sich hierbei nach bisheriger Auffassung um eine Pflicht und nicht eine Möglichkeit handelt, werden wir die Isolierung an dieser Stelle auch nicht kritisieren. Das heißt aber nicht, dass man nicht mit Blick auf die Landesregierung Kritik üben kann. Die Kommunen zur Nutzung dieses buchhalterischen Tricks zu zwingen, ist nicht sinnvoll und verschiebt die finanziellen Probleme nur.

Wir hoffen darauf, dass wir die Isolierung bereits mit dem Abschluss des Haushaltes für 2023 aufheben können. In Teilen haben wir das ja auch mit den Covid-19-Belastungen der Vorjahre gemacht.

Auf der Ertragsseite planen Sie mit einer Steigerung der Gewerbesteuer um 200.000 € auf 5.200.000 €. Für ein Krisenjahr und eine drohende Rezession kein negativer Ansatz, die großen, teils ungeplanten Sprünge der vergangenen Jahre wird es aber sicherlich nicht mehr geben.

Gerade deshalb finden wir es wichtig, sich nicht mehr nur auf die Steuereinnahmen zu verlassen. Dass unser Antrag zur Schließung der strukturellen Lücke vor kurzem sehr lebhaft diskutiert wurde, freut uns daher sehr. Allerdings war die Haltung der CDU hierzu doch leider etwas ernüchternd. Die in der Diskussion eingebrachten Ideen wurden gleich als Floskeln und zu oberflächlich abgetan.

Es wäre schön, wenn man nicht jeden Vorschlag gleich so abtun würde, sondern in eine sachliche Diskussion einsteigt und den Beteiligten im weiteren Prozess auch die Chance

gibt, die Idee mit Leben zu füllen.

Wirtschaftsförderung zum Beispiel, auf die ich bereits in meiner ersten Haushaltsrede hier im Rat hingewiesen habe, ist einer dieser Punkte. Damals habe ich davon gesprochen, dass wir, ob wir wollen oder nicht, in Konkurrenz zu anderen Kommunen stehen und uns dementsprechend vermarkten müssen. Das kann man jetzt als Floskel abtun, man kann aber auch überlegen, wie man eine bessere Vermarktung erreichen kann. Zum Beispiel durch ein ansprechendes Regionalmarketing, das die Vorteile des Standortes Bestwig herausstellt. Wir müssen das Rad ja auch nicht neu erfinden, andere Kommunen machen schon lange vor, wie es gehen kann.

Man muss nur wollen, meine Damen und Herren.

Einfacher ist es natürlich, den Status Quo zu erhalten und nötige Veränderungen schleifen zu lassen. Unser Antrag zur Einführung von Richtlinien zur Vergabe gemeindlicher Baugrundstücke ist zum Beispiel leider seit fast einem Jahr nicht bearbeitet worden. Auch die faire und sozialgerechte Vergabe von Baugrundstücken ist sicherlich ein gutes Aushängeschild der Gemeinde. Dass die Nachfrage in der Zwischenzeit eingebrochen sein dürfte, ist natürlich keine Frage. Deshalb würde es aber trotzdem nicht schaden, dieses Thema anzupacken und entsprechende Regeln zu schaffen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Auch beim Thema Windkraft hängt man leider zu sehr am Status Quo. Zuerst hat man jahrelang wegen der sich ständig ändernden Rechtslage keine neue Flächennutzungsplanänderung angestrebt, dieses Jahr hat man sich aus der Not dann doch getraut und prompt müssen wir wieder umplanen. Deshalb haben wir uns klar für eine Aufhebung der Flächennutzungsplanung ausgesprochen. Es ist schade, dass die Windkraft hier immer noch als Bürde und nicht als Chance gesehen wird.

Eine kommunale Energieerzeugungsgesellschaft, zum Beispiel, kann die Einnahmeseite deutlich verbessern und damit auch den Bürgerinnen und Bürgern einen echten Vorteil bieten. Deshalb unterstütze ich gerne den Antrag der SPD zu diesem Thema, sowohl hier im Rat als auch auf Kreis-ebene.

Dabei kann man auch gerne als Gemeinde eigenständig bleiben und handeln, aber die Eigenproduktion von Strom abseits der gemeindeeigenen Dächer weiter zu verschlafen wäre fatal.

Viele Kommunen erzeugen mittlerweile Energie im größeren Stil und erzielen dabei hervorragende Renditen und die Bürgerinnen und Bürger können sich oftmals direkt beteiligen. Das schafft Akzeptanz und einen finanziellen Vorteil.

(Auch deshalb haben wir uns gegen die Ablösung der Kredite in der eben vorgelegten Form ausgesprochen, denn hierfür braucht man liquide Mittel, um investieren zu können.)

Gemeinsam in der kommunalen Familie wäre man natürlich deutlich schlagkräftiger und besser aufgestellt.

Dass die Erzeugung von Erneuerbaren Energien gleichzeitig ein großer Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise ist, sollte man an dieser Stelle vielleicht auch noch mal erwähnen.

Deswegen ist es auch schade, dass die mit dem letzten Haushalt geplanten Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden nun doch erst mal nicht kommen. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, meine Damen und Herren. Natürlich ist die Entscheidung zur Verschiebung der Maßnahme aus finanzieller Sicht richtig und findet auch unsere Unterstützung. Deshalb darf man sich jedoch trotzdem fragen, wieso die Planung eigentlich so lange gedauert hat und man nicht viel eher die Aufträge vergeben hat. Einig waren wir uns schließlich.

Die Gebühren für Winterdienst, Abfallbeseitigung und Friedhöfe werden zwar teilweise moderat erhöht. Da diese Finanzen jedoch ausgeglichen sein müssen, bleibt uns, wie wir alle bereits im Haupt- und Finanzausschuss festgestellt haben, keine wirklich andere Wahl. Hier

herrscht, wie in den vergangenen Jahren auch, deshalb große Einigkeit bei den Beschlüssen. Etwas anders sieht das beim Gesamthaushalt aus. Natürlich ist Zuversicht in diesen schweren Zeiten wichtig und Schwarzmalen bringt uns nicht weiter. Unbegründeter Optimismus, an einer Stelle wo viel mehr Realismus gefragt ist, aber auch nicht. Sicherlich werden wir in den nächsten vier Jahren keine großen finanziellen Schwierigkeiten bekommen, positiv ist die Entwicklung der Finanzen dennoch nicht. Einfach weitermachen, ohne sich weiterzuentwickeln kann nicht das Ziel sein.

Deshalb hoffen wir, dass wir im kommenden Jahr wirklich konstruktiv die Möglichkeiten zur Aufbesserung des Haushaltes diskutieren und auch entsprechende Maßnahmen anstoßen.

Im Haupt- und Finanzausschuss haben wir bereits angekündigt, dieses Jahr keine Anträge zu stellen. Das liegt zum einen daran, dass zum Beispiel der eben genannte Antrag zur Vergabe von Baugrundstücken, genau wie der zu sozial- und altersgerechtem Wohnen immer noch nicht bearbeitet wurde. Zum anderen haben wir die Hoffnung, dass die eben gemachten Hinweise auf nötige Veränderungen vielleicht besser aufgenommen und bearbeitet werden, als formale Anträge.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wir sind gerne bereit, diese Gemeinde aktiv zu gestalten und weiterzuentwickeln. Deshalb ist es uns auch egal, auf welchem Weg unsere Ideen vielleicht doch Gehör finden und in die Umsetzung kommen. Wichtig ist für uns nur, dass Bestwig hier Fortschritte macht.

Deshalb sind wir gespannt auf die anschließenden Diskussionen und die Entwicklungen im nächsten Jahr. Wir sind jedenfalls jederzeit zu konstruktiven Gesprächen bereit, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen und die eingebrachten Themen weiter mit Details zu füllen.

Dem vorgelegten Haushalt mit der aktuellsten Veränderungsliste stimmen wir zu.

An dieser Stelle möchte ich mich im Namen der Grünen Ratsfraktion noch bei Ihnen, Herrn Bürgermeister Péus, genau wie bei unserem Kämmerer, Herrn Burmann für die gute Zusammenarbeit und die verständliche Präsentation des Haushaltes bedanken.

Ich wünsche Ihnen allen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das kommende Jahr.

Vielen Dank!"

Sodann ergeht folgender Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Haushaltssatzung 2023 mit ihren Anlagen in der am 04.11.2022 aufgestellten und bestätigten Fassung und unter Berücksichtigung der 1. Veränderungsliste vom 25.11.2022 gem. der Verwaltungsvorlage 108/2022-1 sowie unter Berücksichtigung der 2. Veränderungsliste vom 12.12.2022 gem. der Verwaltungsvorlage 108/2022-2.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	0	0

Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung.

Bestwig, den 19. Dezember 2022

Gemeinde Bestwig
Der Bürgermeister
i. A.



A handwritten signature in blue ink, written in a cursive style. The signature appears to be 'E. R.' followed by a flourish. It is located below the printed text 'Gemeinde Bestwig Der Bürgermeister i. A.' and to the left of the official seal.

